ja SP
Sozialdemokratische Partei
Stadt Schaffhausen
www.sp-sh.ch
Grossstadtratsfraktion

Marco Planas
Grossstadtrat
Rietstrasse 90
8200 Schaffhausen

Grosser Stadtrat
E 23. Mai 2017
Nr. 4

Präsident GSR
Stefan Marti
Stadthaus
8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 23.05.2017

Postulat: Integrationsangebote für Personen aus dem Asylbereich

Sehr geehrter Herr Präsident,

Mit Freuden haben wir das Ergebnis der Jahresrechnung 2016 der Stadt Schaffhausen zur Kenntnis genommen. Die Stadt Schaffhausen steht finanziell sehr gut da, nicht zuletzt dank der „einmaligen" Rekord-Steuererträge und der budgettreuen Verwaltung.

Zurecht hat der Stadtrat bei der Präsentation der Rechnung aber auch auf die neuen Herausforderungen in der Integration hingewiesen. 47% der ausländischen Neuanmeldung bei der Sozialhilfe haben einen Fluchthintergrund. Vor allem ältere Personen mit zum Teil leichtem Bildungsrucksack sind schwierig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da es je nach Status der betroffenen Personen bis zu sieben Jahren dauert, bis die Gemeinden im Kanton Schaffhausen für die Sozialhilfe zahlungspflichtig werden, wirken sich Migrationsentwicklungen erst in ein paar Jahren auf die städtischen Sozialhilfekosten aus (Bericht zur Jahresrechnung: Kapitel 3.7.2).

Um diese Kosten in Zukunft möglichst klein zu halten, aber auch um den Migrantinnen und Migranten ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, müssen heute schon sinnvolle Ergänzungsmassnahmen zum bereits bestehenden Integrationsangebot getroffen werden. Gemäss Bericht zur Jahresrechnung fehlen aktuell vor allem für Personen ab 25 Jahren die finanziellen Ressourcen und die Angebote für die berufliche Integration, mit schwerwiegenden Folgen: „Wenn Integrationsmassnahmen ausbleiben, ist das Scheitern der beruflichen Integration wahrscheinlich und damit das Risiko auf langjährige Sozialhilfeunterstützung erfahrungsgemäss sehr gross" (Bericht zur Jahresrechnung 2016: s. 38).

Der Stadtrat wird daher gebeten, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag über eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Integrationsmassnahmen für Personen aus dem Asylbereich (ü25) vorzulegen.

Dabei soll ein besonders Augenmerk darauf liegen, wie man die Nachholbildung bei den ü25-Jährigen verbessern kann, beispielsweise mit Hilfe einer Potentialanalyse oder mit der Einführung des Case Managements im Asylbereich (analog zur Berufsbildung).

die Postulantinnen und Postulanten